

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martin Schöffel

Abg. Hans Urban

Abg. Ernst Weidenbusch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Abg. Raimund Swoboda

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich darf den **Tagesordnungspunkt 3 a** aufrufen:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler u. a. und Fraktion (AfD)**

**zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes**

**Schutz des Waldes im Freistaat Bayern vor Windkraftanlagen und Förderung des Artenreichtums (Drs. 18/14158)**

**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. – Zur Begründung erteile ich dem Kollegen Andreas Winhart von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Winhart.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf im Bayerischen Landtag eingebracht, der zum Ziel hat, dem Naturschutz im Bereich des Waldes den Vorrang vor exzessivem Klimaschutz und Energieideologie einzuräumen. Der maßgeblichen Zielsetzung des Bayerischen Waldgesetzes, nämlich der Erhaltung, wenn nicht gar Erhöhung der biologischen Vielfalt, könnte nicht mehr Rechnung getragen werden, wenn wir so weitermachen wie bisher. Daher fordern wir Änderungen des Bayerischen Waldgesetzes dahingehend, dass die Errichtung von Windkraftanlagen im Staatswald als nicht erlaubnisfähig untersagt wird. Im Körperschafts- und Privatwald dürfen Windkraftanlagen nur errichtet werden, wenn eine Beeinträchtigung des Naturschutzes, insbesondere des Arten- und Biotopschutzes, dabei ausgeschlossen ist.

Ist das alles nur böse Windkraftpropaganda der AfD? Das wird sich der eine oder andere fragen. Ich sage: Nein!

(Zuruf: Doch!)

"Wälder schützen – Rodungen für die Windkraft stoppen", lautet der Titel eines Antrags der FDP-Bundestagsfraktion, Drucksache 19/2802 – für den, der es nachsehen will –, am 27. September 2018 erstmals debattiert.

Klar, die Kollegen von den GRÜNEN sehen das anders. Im Hambacher Forst wird sich an jeden Baum gekettet, damit dort nichts gerodet wird. Aber umgekehrt wird sich im Ebersberger Forst für Rodungen für Windkraftanlagen ausgesprochen. Ehrlich gesagt: Mehr Doppelmoral geht nicht!

(Beifall bei der AfD)

Diese Doppelmoral legen Sie auch an den Tag, wenn es um den Artenschutz geht. Bienen- und Insektenschutz: Ja. Aber das Reh und der Hirsch müssen weg – für den Klimawald.

Mit Blick auf das in Berlin diskutierte neue Jagdgesetz und die damit zu erwartenden erhöhten Abschusszahlen für Schalenwild sehen wir uns gezwungen, an dieser Stelle regulierend einzugreifen. Wir fordern, dass durch den Gesetzentwurf der geltende Grundsatz "Wald vor Wild" in "Wald und Wild" geändert wird,

(Beifall bei der AfD)

um einen angemessenen Interessenausgleich in bayerischen Revieren herzustellen und die Diskussion über Verbisschäden durch Schalenwild wieder auf ein sachliches Maß zurückzuführen. Wir bekennen uns zur Jagd genauso wie zu den Interessen der Forstwirtschaft und bekräftigen die Notwendigkeit des menschlichen Eingriffs in den Mischwaldumbau, den Erhalt und die Nutzung unserer Wälder.

Jedoch ist mit Bedauern festzustellen, dass die Verhältnismäßigkeit in der jüngeren Vergangenheit zulasten der Wildbestände nicht in allen, aber in vielen Revieren verloren gegangen ist. Hier sehen wir die Notwendigkeit für wieder angemessene Ausgeglichenheit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen bei der Bejagung von Wild.

Wieder einmal muss man feststellen: Die Bayerische Staatsregierung ist auf dem Holzweg. Frau Kaniber hält beharrlich und stur – wir haben es vorhin gehört – am Grundsatz "Wald vor Wild" fest, obwohl zahlreiche Gegenbeispiele aus anderen Bundesländern sie längst eines Besseren hätten belehren müssen. Für Frau Kaniber ist unvorstellbar, dass neben Rehwild in anderen Bundesländern sogar Rotwild außerhalb von Rotwildgebieten, wie man sie in Bayern hat, leben darf und sich Wälder dort trotzdem auf natürliche Weise verjüngen können.

Ja, ich betone: Die Staatsregierung ist auf dem Holzweg, allerdings nicht die gesamte CSU oder gar die Unionsfamilie. Da gibt es eine Reihe von interessanten Äußerungen aus den Reihen der Union, welche offenbar das Mantra von Frau Kaniber nicht teilen. Da postet auf Facebook die Junge Union Deutschlands am 26. Januar dieses Jahres – ich zitiere:

Die Novelle des Bundesjagdgesetzes folgt zum Aufbau klimastabiler Mischwälder der Leitlinie "Wald vor Wild". Dabei soll die Naturverjüngung möglichst ohne Schutzmaßnahmen umgesetzt werden. Für uns steht jedoch fest: Wald und Wild gehören zusammen.

Respekt für die junge Generation der Union, die haben es wenigstens kapiert!

(Beifall bei der AfD)

Nehmen wir einmal einen neutralen Verband: Auch die Gesellschaft für Wildtier- und Jagdforschung warnt die Regierung in einem offenen Brief:

Beim Versuch, den Wald durch die Klima-Krise zu retten, dürfen die Wildtiere nicht auf der Strecke bleiben.

Und noch ein letzter Beitrag, der vorhin schon angesprochen wurde: Werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihr Kollege Ernst Weidenbusch hat am 8. Februar 2021 im Bayerischen Rundfunk, bzw. jetzt nachlesbar auf der Website, gesagt:

Mit einem klugen Management kann der Wald gedeihen, sich entwickeln, ohne dass man alles totschießt. Danach ist ein super Wald da, und das Wild bleibt erlebbar und es wird auch die Einsicht Platz greifen, dass man nur miteinander vorwärtskommt.

Deswegen sind wir für ein klares "Wald und Wild" und würden uns freuen, wenn Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen. Wir werden die Debatte natürlich verfolgen und auch das Abstimmungsverhalten der Kollegen der FDP, die sich ja schon im Bundestag dafür ausgesprochen haben, und auch der Kollegen der CSU, die sich entsprechend geäußert haben. Wir freuen uns auf die Debatte, und ich danke für die Aufmerksamkeit. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Weidenbusch. Bitte. – Halt, ich höre gerade, dass das ist nicht möglich ist. Entschuldigung. Bei der Begründung ist keine Zwischenbemerkung möglich.

Dann darf ich ankündigen, dass wir zur Aussprache kommen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 9 Minuten, GRÜNE 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD, SPD und FDP je 4 Minuten, Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen. – Ich erteile dem Kollegen Martin Schöffel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Schöffel.

**Martin Schöffel (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in einer langen Aussprache zur Aktuellen Stunde über den Zustand unseres Waldes, über die Herausforderungen, die bestehen, und über die vielfältigen Lösungsansätze der Staatsregierung und der Regierungsfractionen gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der AfD nichts anderes einfällt als so ein untauglicher und überflüssiger Gesetzentwurf zu zwei Themen, die in Bayern bestens geregelt sind und diese Vorschläge überhaupt nicht brauchen, dann muss ich sagen: Das ist völlig untauglich zur Rettung des Waldes, und es ist völlig überflüssig, so einen Gesetzentwurf überhaupt vorzulegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben die Herausforderung, um die es geht, überhaupt nicht verstanden.

Ich komme zur Errichtung von Windkraftanlagen. Ich glaube, es ist völlig klar, wie das bei uns geregelt ist. Windkraftanlagen, die höher als 50 Meter sind, bedürfen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werden sämtliche Gesetzesgrundlagen abgeprüft: das Baurecht, das Immissionsschutzrecht, das Naturschutzrecht, der Lärmschutz, der Schutz des Landschaftsbildes, aber auch der Schutz von Pflanzen- und Tierarten.

Wir haben im unbeplanten Außenbereich die Privilegierung für diese Windkraftanlagen. Aber in Bayern gilt – zum Glück, liebe Kolleginnen und Kollegen! – seit der Einführung der sogenannten 10-H-Regelung im November 2014 eben auch, dass zu geschützten Wohngebieten ein Mindestabstand vom Zehnfachen der Höhe eingehalten werden muss. Diese Vorgabe erfüllen auch im Wald nur ganz wenige Standorte. Auch diese Vorgabe muss natürlich eingehalten werden. Eingriffe in den Wald für Windkraftanlagen müssen selbstverständlich sorgfältig abgewogen werden. Großflächige Rodungen für Windkraft sind auch aus unserer Sicht keinesfalls vermittelbar. Oft braucht es nur ganz geringe Eingriffe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, großflächige Rodungen für Windkraft sind in den letzten Jahren in Bayern auch nicht erfolgt.

Sie müssen sich einmal anschauen, wie viele Windkraftanlagen tatsächlich genehmigt worden sind. In den Jahren 2018 und 2019 waren das insgesamt zehn. Ich sage deswegen auch, dass der Gesetzentwurf in keiner Weise notwendig ist. Eine Versparge-

lung der Landschaft wird es mit uns nicht geben. Alle Schutzgüter werden gegeneinander abgewogen und alle Interessen berücksichtigt. Das sind die Interessen des Naturschutzes und des Waldschutzes, die Interessen der Anwohner, aber natürlich auch das öffentliche Interesse hinsichtlich der Herausforderungen bei der Energiewende und dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Windkraft ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Kollege Winhart, Sie sprechen von Doppelmoral. Da ist doch die Doppelmoral bei der AfD offensichtlich. Die Unglaubwürdigkeit ist bei Ihnen zu Hause. Sie sprechen vom Schutz des Waldes.

(Zuruf)

Die AfD hat sich im Deutschen Bundestag gegen den Kohleausstieg ausgesprochen. Wer gegen den Kohleausstieg ist, der ist auch gegen den Klimaschutz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer gegen den Klimaschutz ist, der ist auch gegen den Schutz des Waldes. Ihr Gesetzentwurf ist deswegen in doppelter Art und Weise unglaubwürdig und überflüssig.

Zur Jagdpolitik und den Festlegungen in unserem Jagd- und in unserem Waldgesetz ist schon umfangreich Stellung genommen worden. Wir haben nach Bundesjagdgesetz und nach Bayerischem Jagdgesetz als oberstes Ziel, als Hegeziel, die Erhaltung eines an die landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnisse angepassten Wildbestandes sowie die Pflege und Sicherung seiner Lebensgrundlagen. Die Hege muss so durchgeführt werden, dass Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Nutzung möglichst vermieden werden.

Diese Festlegungen haben bis heute Bestand. Sie sind sinnvoll, und wir setzen derzeit alles daran, dass sie durch das Bundesjagdgesetz nicht ausgehebelt werden. Es geht darum, dass die natürliche Verjüngung des Waldes im Wesentlichen ohne Schutz wachsen kann. Wir setzen uns stark dafür ein, dass Wald nicht gegen Wild ausgespielt wird. Wir setzen uns für diese Konkretisierung des Hegeziels und für die Beibehaltung der bewährten Abschussplanung in gutem Miteinander vor Ort ein.

Der Landtag hat sich zur Beschreibung dieser Festlegungen 2005 fraktionsübergreifend auf die Kurzformel "Wald vor Wild" geeinigt. Dazu stehen wir nach wie vor. Einerseits geht es um angepasste Wildbestände, andererseits um die natürliche Verjüngung des Waldes.

Es geht nicht um einen Wald ohne Wild. Der Gesetzgeber – wir alle – wollen Lebensraum für das Wild, angepasste Wildbestände, gesunde Wildbestände und ein gutes Miteinander in Wald und Flur. Da geht es um entsprechende Hegeziele für einen guten Waldumbau.

Es ist auch schon angesprochen worden, dass selbstverständlich dort eingegriffen werden muss, wo der Wildbestand zu hoch ist. Natürlich brauchen Waldumbaukonzepte auch begleitende jagdliche Konzepte. Hier ist vor Ort ein gutes Miteinander gefragt.

Die einen kommen mit diesen Festlegungen, wie wir sie in Bayern getroffen haben, hervorragend zurecht. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass dieses gute Miteinander – die bewährte Abschussplanung – auch auf der Grundlage eines Vegetationsgutachtens weitergeführt wird.

Die anderen wollen nur einen Streit vom Zaun brechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, das sind Sie. Sie wollen einen Streit vom Zaun brechen. Sie wollen die Jäger und Waldbesitzer verunsichern und dieses gemeinsame Agieren vor Ort zerstören. Wir wollen das nicht. Wir können diesem Gesetzentwurf deswegen in keiner Weise etwas Gutes abgewinnen. Das werden wir im entsprechenden Ausschuss noch vertiefen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend sagen, dass dieser Gesetzentwurf zeigt, dass heute schon viele untaugliche Versuche gemacht worden sind, die Wald-, die Forst- und die Jagdpolitik in Bayern zu zerreden. Es ist aber auch deutlich geworden, welche Anstrengungen von der Regierungskoalition, von der Forstministerin und dem zuständigen Haus unternommen werden, um unseren Wald auch in Zu-

kunft vital zu erhalten und bei diesen großen Herausforderungen, die wir zurzeit durch Kalamität und Trockenheit haben, richtige Ansätze zu finden, um den Wald umzubauen, den Wald klimafest zu machen und in die Zukunft zu entwickeln.

Die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren durchaus verschärft. Deswegen verstärken wir unsere Anstrengungen. 80 Millionen Euro im Forsthaushalt sind eine neue Rekordgröße. Sie gibt uns natürlich ganz andere Möglichkeiten.

Die insektizidfreie Borkenkäferbekämpfung ist natürlich ein ganz entscheidender Punkt, um den Wald in der Zukunft zu erhalten. Die GRÜNEN bestreiten diesen Zusammenhang ja und sagen, die Förderprogramme hätten nichts mit den Herausforderungen zu tun. – Selbstverständlich haben sie das.

Der Kollege Hartmann ist jetzt, da es um wichtige Waldfragen geht, nicht mehr da. Sie müssten sich den Frankenwald mal anschauen, wenn die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in den letzten Jahren den Kampf gegen den Borkenkäfer nicht aufgenommen hätten, nicht rausgegangen wären und befallene Bäume rausgeschnitten hätten. Wir unterstützen die Waldbesitzer dabei. Jetzt zeigen die Erfolge auch, dass die Käferkalamität und die Zahl der befallenen Bäume deutlich zurückgehen. Der ZE-Anteil liegt derzeit wieder auf einem Niveau wie im Jahr 2018.

Das ist auch ein Erfolg dieser Forstpolitik. Das geht nur zusammen mit den Waldbesitzern, zusammen mit den Jägerinnen und Jägern, zusammen mit allen, die draußen im Wald dafür sorgen, dass der Wald gesund erhalten wird. Das geht nicht mit ideologischen und verblendeten Theorien, die heute hier aufgestellt worden sind. Das geht sowohl in die Richtung der GRÜNEN als auch in die Richtung der AfD.

Gehen Sie raus! Sprechen Sie mit den Menschen, was tatsächlich geleistet wird! Tragen Sie ins Parlament nicht einen Streit, der hier gar nicht hingehört und den wir hier gar nicht brauchen können! – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Abgeordneten Martin Schöffel herzlich für seine Rede. – Ich darf den nächsten Kollegen aufrufen. Das ist der Kollege Hans Urban von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter Urban, ein weiteres Mal, bitte schön.

**Hans Urban (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Winhart, ich hätte Ihnen in Ihrer pragmatischen Art zugetraut, dass Sie auf eine ganz andere Idee kommen. Ich hätte Ihnen zugetraut, dass Sie auf den frei werdenden Schad- und Kahlflächen – das sind in Bayern immerhin 32.000 Hektar – Windkraftanlagen errichten wollen. Nein, Sie sprechen sich komplett gegen erneuerbare Energien, komplett gegen eine Energiewende, komplett gegen den Klimaschutz aus. Sie stellen sich komplett gegen den Wald.

Daran wird doch deutlich, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf eigentlich ganz etwas anderes vorgehabt haben. Sie legen hier einen durchsichtigen Klientelentwurf vor, der einigen dienen soll. Nur Sie verwenden diesen Begriff "Wald vor Wild". Jeder von uns kann diesen Begriff erklären. Jeder von uns ist draußen in der Fläche mit Jägern und Waldbesitzern unterwegs und erklärt den Zusammenhang, der da drinsteckt.

(Zuruf)

Damit ist kein Aufbau von Fronten gemeint, sondern damit ist gemeint, dass man das gerade jetzt beim Vegetationsgutachten aufnimmt. Wo sind Sie? – Jetzt ist die Zeit dazu, draußen die Lösungen, vielleicht auch die Ursachen von Schäden zu eruieren. Es ist aber daneben, sich hier im Zeichen der Windkraft gegen diesen Begriff auszusprechen. Das ist besonders dann daneben, wenn man selber gar nicht versteht, was hinter diesem Begriff steht. Das ist traurig.

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir Ihren Gesetzentwurf durchweg ablehnen werden. Dazu gehört auch, dass wir den Wald nicht den Populisten überlassen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe: Oje!)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** War es das schon? – Vielen herzlichen Dank. Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Jetzt kommt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Ernst Weidenbusch.

Vorher darf ich vielleicht noch eines zur Geschäftsordnung sagen: Es gibt eine kleine Unterscheidung, ob Begründung und Aussprache getrennt sind oder nicht. Wenn sie, wie in diesem Fall, getrennt sind, besteht nach der Begründung keine Möglichkeit zu einer Zwischenbemerkung. Wenn sie miteinander verbunden sind, besteht diese Möglichkeit sehr wohl. Das ist ein bisschen kompliziert, aber ich habe das hiermit erläutert, damit hinsichtlich der vorherigen Anfrage keine Missverständnisse entstehen. – Jetzt erteile ich das Wort aber an den Kollegen Weidenbusch. Bitte schön.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Präsident! – Herr Kollege, würden Sie angesichts der Tatsache, dass der ÖJV-Vorsitzende Kornder bei einer Veranstaltung in Forchheim zusammen mit dem NABU gefordert hat, künftig 30 Rehe pro 100 Hektar zu erlegen, sagen, dass nicht alle in Bayern den Grundsatz "Wald vor Wild" richtig verstanden haben, da wir momentan eigentlich von einer Rehwilddichte in Bayern von 23 Rehen pro 100 Hektar ausgehen?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön.

**Hans Urban (GRÜNE):** Ich weiß nicht, was die beiden gesagt haben. Ich weiß nur – das habe ich selbst gelesen –, dass der bayerische Jagdpräsident eine Resolution oder ein Papier unterschrieben hat, dass es nicht legitimiert ist, die Jagd von Wildtieren aus ökonomischen Gründen zu verfolgen. Sie schaffen sich aber selbst ab, wenn dies aus ökonomischen Gründen wie Hunger oder dem Schutz von Kulturpflanzen nicht erfolgen darf. Dann ist Tradition und Brauchtum auch kein Grund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Urban. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Dr. Leopold Herz.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hans Urban, dies steht teilweise im Widerspruch zu deinen soeben erfolgten Ausführungen. Ich erlebe Kollegen, die verschiedenen Verbänden angehören und die Windräder im Wald sehr wohl völlig ablehnen. Hier habt ihr intern sicher noch einigen Diskussions- und Handlungsbedarf.

Jetzt komme ich aber zum Gesetzentwurf der AfD. Liebe Kollegen, das sind sicherlich Themen – ich habe es im Vorspann gerade erwähnt –, die vor Ort kontrovers diskutiert werden. Wir alle, die wir mit diesen Themen befasst sind, kennen die verschiedenen Argumentationen. Ich will hier auf zwei entscheidende und wichtige Punkte eingehen, zunächst auf den ersten Punkt, Windräder im Wald zu errichten. Ja, es gibt Argumente von Personen, die das Ganze kritisch sehen. Ich glaube jedoch, wenn wir die Energiewende ernst nehmen, müssen wir es im Wald ermöglichen.

Ich will dies begründen: Im Wald ist das zum einen – das ist meine persönliche Meinung – rein optisch zumutbar. Vor meinem Wohnhaus habe ich eine größere Waldfläche. Ein Windrad in einer größeren Waldfläche wäre, glaube ich, der Bevölkerung vielleicht besser zu vermitteln, als wenn es näher an Wohngebäuden steht. Zum anderen sind Windräder im Staatswald vorgesehen. Ich glaube, wenn der Staat hier einer gewissen Vorbildfunktion nachkommt, ist dies von Vorteil, um zu zeigen: Wir nehmen die Sache ernst und reden nicht nur darüber. Wir haben zwar jetzt mit der 10-H-Regelung eine Entscheidung getroffen, die hier manches blockiert, aber ein Windrad in der jetzigen Situation im Staatswald zu installieren, hätte eine sehr gute Vorbildwirkung. Ich denke, das sollten wir alle unterstützen, wohl wissend, dass natürlich eine bestimmte Wegebreite vorhanden sein muss. Die Geräte, mit denen ein Windrad antransportiert wird, sind nicht ohne. Der Platzbedarf eines Windrades und der Rodungsbedarf halten sich aber in einem solchen Maße, dass wir dem zustimmen können.

Das Thema "Wald vor Wild" wurde soeben angesprochen. Das kann man natürlich in die Diskussion bringen. Herr Kollege Andreas Winhart steht hier als praktizierender Jäger unter Druck. Ich glaube aber, dass wir dieses Thema in der aktuellen Situation nicht noch mehr emotional aufwühlen und belasten sollten. Jeder, der die Thematik kennt, weiß, dass wir hier mit sinnvollen, tragbaren Kompromissen weiterarbeiten müssen. Hier wird vorgeschlagen "Wald und Wild" zu formulieren. Zugegeben, ich wünsche mir auch einen Wald mit Wild. Das gehört zur Natur. Hier geht es aber auch immer um eine gewisse Regulation. Mit dem bisherigen Verfahren und Satz in diesem Gesetz sind wir gut gefahren; denn die entscheidenden Probleme werden meist vor Ort diskutiert. Wir erleben bei den Berichten über die Jagdsituation, dass es meistens nicht pauschal zu beurteilen ist, sondern es Gebiete gibt, wo Wald und Wild sehr gut miteinander klarkommen und wo es zumutbare Verbisschäden gibt. Es gibt aber andere Gebiete, wo Probleme damit bestehen. Dies hat vielfältige Gründe. Der Austausch zwischen den für die Jagd Zuständigen und den Waldbesitzern ist sehr wichtig. Ich selbst pflege einen aktiven Austausch mit meinem Jagdpächter. Es ist sehr wichtig, nicht übereinander, sondern miteinander zu sprechen. Beispielsweise zähle ich hierzu auch gemeinsame Waldbegehungen, um die Thematik zusammen zu bewältigen und nicht gegeneinander zu agieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herz. – Für die AfD-Fraktion hat ihr Fraktionsvorsitzender Herr Abgeordneter Prof. Ingo Hahn das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Verehrter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! "Wir haben heute Gelegenheit, dem rot-rot-grünen Windwahnsinn in einem ersten Schritt Einhalt zu gebieten."

(Zuruf)

Das gilt für unseren AfD-Gesetzentwurf, ist aber ein Zitat von Marcus Malsch. Das sind also die Worte Ihres CDU-Kollegen aus Thüringen, werte CSU! Ich weiß, es muss für Sie ziemlich befremdlich sein, solch konservative Worte aus dem Mund eines Unionspolitikers zu hören; denn in diesem Hohen Haus ist der Kniefall vor der grünen Gesinnungspolitik längst schon betriebliche Übung geworden.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Herr Söder und Herr Aiwanger haben gesagt, sie wollen über 100 riesige Windkraftanlagen in bayerischen Staatswäldern implementieren, also genau dort, wo die Natur eigentlich noch intakt ist. Das alles in Bayern, in einem Bundesland, von dem wir alle wissen, dass es überhaupt kein guter Windstandort ist. Gehen Sie nach Norddeutschland! Dort weht der Wind. Sie wollen es aber einfach eins zu eins nach Bayern kopieren.

(Zuruf)

Das ist eine ganz schlechte Idee. Warum ist es außerdem schlecht? – Sie wollen Flächen versiegeln. Die GRÜNEN sind die Vorreiter, die anderen machen es mit. Sie wollen Wälder in bayerischen Staatswäldern roden. Sie wollen diese Flächen versiegeln. Das Wasser, der Niederschlag, der ankommt, fließt nicht mehr ins Grundwasser ab, sickert nicht mehr ein, sondern fließt oberirdisch ab. Sie verändern das Grundwasserregime. Sturmschäden können hier angreifen. Jeder weiß: Genau dort, wo ein Wald schon geschädigt ist, greift der Wind bei einem Sturm an, und dort wird noch mehr Wald umgestoßen. Das heißt: Das EEG ist eigentlich eine Gelddruckmaschine für wenige, meine Damen und Herren. Wir alle als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zahlen die Gewinne sehr weniger Betreiber dieser Windkraftanlagen. Ich nenne das Lobbyismus.

Im Schnitt belegt jedes Windrad in bayerischen Wäldern 5.000 m<sup>2</sup> Fläche. Jedes Windrad! Das ist ein Fußballplatz. Dazu kommen 1.400 Kubikmeter Betonfundament, 2.800 Tonnen Stahlbetonturm pro Windrad und 650 Tonnen Maschinenhaus, denen

der Wald bis zum Aufstellungsort weichen muss. Die "PROGRESS-Studie" hat schon vor einiger Zeit in Norddeutschland gezeigt, dass dort von 12.000 Windkraftanlagen in Jahresfrist über 7.000 Mäusebussarde getötet, über 10.000 Ringeltauben vernichtet, über 11.000 Stockenten geschreddert und über 11.000 Möwen vernichtet wurden – ganz zu schweigen von den anderen und seltenen Arten, meine Damen und Herren. Artenschutz ist eben nicht abstrakt, Artenschutz muss an den Arten und an den Individuen gemessen werden. Deshalb sage ich: Hier wird der Naturschutz zum Wohle eines sehr abstrakten Klimaschutzes aufgeweicht. Wir von der AfD fordern einen konkreten Natur- und Artenschutz.

(Beifall bei der AfD)

Die Verbände erkennen es langsam – zumindest einige Verbände – und beklagen es auch immer mehr. Sie beklagen die Auswirkungen eines Klimawandels und benehmen sich gleichzeitig wie die sprichwörtliche Axt im Wald. Diese konkurrierende Zielsetzung macht wohl nur im Geiste eines verwirrten Schöpfers Sinn, eines Schöpfers, der nicht nur seine konservativen Wurzeln vergessen hat, sondern hier den Ast absägen will, auf dem er selber sitzt.

Letzter Satz: Die Kollegin Schorer-Dremel, die jetzt nicht mehr da ist, hat vorhin gesagt, Wald sei Heimat. Ich sage: Merken Sie sich eines, unsere Heimat ist nicht erneuerbar.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Herr Prof. Hahn, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Weidenbusch von der CSU-Fraktion.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Kollege Hahn, selbst wenn man jetzt davon ausgehen würde, dass nach 15 Jahren "Wald vor Wild" nach wie vor viele der SF-Reviere rot sind und das Prinzip deshalb vielleicht gescheitert ist, und selbst wenn man sagen

würde, dass nach der zehnten Forstinventur das Problem fortbesteht und wir offensichtlich mit der Orientierung an der Forstinventur das Gleichgewicht von Wald und Wild nicht haben herstellen können, so müssen Sie doch zugeben, dass Sie mit Ihrem Antrag eigentlich hinter dem "Wald und Wild" nur die Klimafeindlichkeit und die Ablehnung von Windkraftanlagen verstecken. So wäre jeder, der für "Wald und Wild" stimmen würde, eigentlich gezwungen, den Klimawandel zu leugnen und gegen Windkraftanlagen zu stimmen. Oder habe ich Ihren Antrag missverstanden?

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Kollege Weidenbusch, Sie haben den Antrag missverstanden. Ich höre aus Ihrer Frage indirekt heraus, dass Sie uns eigentlich sehr gern zustimmen würden. Sie haben indirekt schon gesagt, dass es auch um das Wild geht. Es geht um "Wald und Wild" und eben nicht darum, den Wald vor dem Wild zu bevorzugen und dadurch das Wild sozusagen als etwas Schlechtes, Zweitrangiges darzustellen.

Ich sage eines ganz klar: Wer in diesem Land für Natur- und Artenschutz ist und für – auch wenn ich diesen Begriff nicht gern in den Mund nehme – sogenannten Klimaschutz, soweit er überhaupt durch Menschen machbar ist, der muss sagen, dass es ein Wahnsinn ist, gerade in den Staatswäldern riesige Waldflächen zu roden, und zwar nicht nur die Flächen selbst, auf denen die Windkraftanlagen stehen, sondern eben auch große Flächen, auf denen erst einmal die Zuwege gebaut werden müssen. Sie sind eben nicht da wie in Siedlungen oder ländlichen Gegenden, sondern für sie muss noch zusätzlicher Wald gerodet werden. Meine Damen und Herren, insofern ist das eine ganz schlechte Idee.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Gabi Schmidt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER:

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Herr Prof. Hahn, Sie sind Naturwissenschaftler, und ich möchte es ganz einfach erklären. Wir haben 15 Hektar Wald. Davon sind mindes-

tens 10 Hektar durch den Klimawandel massiv geschädigt. Wir haben allein in den letzten zwei Jahren dank des Programms 6.000 Bäume gepflanzt. Ich schätze, das sind 5.800 Bäume mehr, als Sie in den letzten Jahren gepflanzt haben. Diese Bäume sind durch den Klimawandel, durch zu wenig Niederschlag und lange Trockenheit kaputtgegangen. Wenn wir heute wieder anpflanzen, mache ich das mit meinen Jagdpächtern aus. Das muss ich nicht mit Ihnen ausmachen, und dazu brauche ich auch kein Gesetz. Da geht einfach der Wald vor; denn wenn die jungen Bäume nicht hochkommen, hat das Wild irgendwann keinen Wald. So ist es ganz einfach erklärt. Das können wir alles vor Ort ausmachen. Wir, die Waldbesitzer und die Jäger, sind ein gutes Team, und das schon seit Jahrhunderten.

Das Nächste: Ich pflanze wieder an, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Jetzt ist Ihre Redezeit zu Ende.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** An Stellen, an denen nichts mehr wächst, hätte ich gern ein Windrad. Auch da brauche ich Sie nicht, damit Sie mir das verbieten. Das Windrad wirkt ebenfalls dem Klimawandel entgegen, Herr Kollege.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Jetzt ist Ihre Redezeit zu Ende. Vielen Dank.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Da gibt es gute Literatur, "Wald und Weidwerk" und viele andere.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank für Ihren Wortbeitrag; er ist angekommen. Jetzt hat Herr Prof. Hahn das Wort.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Kollegin Gabi Schmidt, ich habe jetzt leider die Frage nicht verstanden, weil das bei Ihren langen Ausführungen etwas zu kurz kam. Aber ich möchte zumindest gern das Thema aufgreifen. Ich beglückwünsche Sie zu 15 Hektar Wald. Das ist eine schöne Sache, und es ist auch ganz toll, sich in kleinen Betrieben darum zu kümmern; denn dann weiß man wirklich, wovon man spricht.

Wenn Sie allerdings das Problem haben, dass 10 Hektar Ihres Waldes schon tot oder am Absterben sind, sage ich Ihnen eines: Dann hätte man sich als Waldbauer schon einmal früher Gedanken machen müssen, wie man diesen Wald standortgerecht aufstellt. Ich weiß, wovon ich rede. Das heißt natürlich, auch Laubhölzer mit hereinzumischen. Ihre Kollegin Ruth Waldmann hat sich vorhin nur gegen die Fichte ausgesprochen. Das kann man so auch nicht stehen lassen, und ich greife das auf.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Die Fichte ist nämlich an vielen Standorten, gerade in Oberbayern, natürlich und der beste Baum, den man sich dort nur vorstellen kann.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Was Herr Winhart von der rechtsradikalen AfD vorgetragen hat, war schon schlimm genug. Aber was der Fraktionsführer der AfD jetzt von sich gegeben hat, strotzt nur so von Falschaussagen und Lügen. Ich verstehe natürlich, dass diejenigen, die Corona für eine Grippe und die Klimaerhitzung für einen Schnupfen halten, Sorge haben, nicht mehr genug Holz für die Bretter vor dem Kopf aus dem Wald zu bekommen.

Man muss sich einmal überlegen, was Sie wollen. Ich gebe das Stichwort Deepwater Horizon. Sie wollen weiter Ölförderung in der See, weil Sie erneuerbare Energien ablehnen – mit fatalen Auswirkungen für die Umwelt. Sie wollen weiter Braunkohletagebau, für den ganze Dörfer weggebaut werden. So sieht es doch aus. Dann vergießen Sie hier Krokodilstränen über angebliche Umwelt- und Naturzerstörung durch Windräder. Das ist so etwas von verlogen! Dazu muss man gar nicht mehr sagen.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Noch rechtzeitig ist eine Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Winhart eingegangen. Herr von Brunn, bitte kommen Sie noch einmal ans Mikrofon. – Herr Winhart, Sie haben das Wort.

**Andreas Winhart (AfD):** Ich wollte dem linksradikalen Kollegen die Chance geben, noch ein paar Worte zu sprechen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Meine Frage ist: Sie haben gerade behauptet, dass wir ausschließlich für die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sind. Ich habe in meinen Ausführungen zur Aktuellen Stunde eigentlich ausführlich erklärt, warum Holz ein guter Weg ist, um von den Abhängigkeiten vom Saudi-Öl und anderem wegzukommen. Das wollte ich Ihnen bloß noch einmal zur Kenntnis mitgeben. Ob Sie darauf jetzt antworten, überlasse ich ganz Ihnen.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Winhart, machen Sie uns doch nichts vor. Ihr Fraktionsführer tritt in fast jeder Sitzung des Umweltausschusses für Braunkohle und Atomkraft ein. Wir wissen doch, wohin bei Ihnen die Reise geht: in die braune Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

**Christoph Skutella (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über den Zubau von Windenergie im Wald kann man in der Tat sehr leidenschaftlich führen. In manchen Bundesländern, in denen der Wald bisher für die Windkraft zur Verfügung stand, wurde dieser Zugang wieder geschlossen bzw. er wurde restriktiver ausgelegt, wie zuletzt in Thüringen oder Nordrhein-Westfalen. Über die Auswirkungen auf Natur, Wald, Vögel und Wildtiere durch die Anlage selbst und die notwendigen Zufahrtswege und Brandschutzanforderungen kann und muss man

natürlich diskutieren. Jedoch steht durch den pauschalen Ausschluss des Waldes für die Windkraft ebenso fest, dass der Konflikt um geeignete Flächen für die Energiewende weiter verschärft wird. Insofern kann es nicht in unserem Interesse sein, aus ideologischen Gründen Flächen für Windkraftanlagen zu kürzen.

Wir Liberale befürworten Windkraftanlagen nur dann, wenn ihre Errichtung sowohl ökonomisch sinnvoll als auch ökologisch vertretbar ist, egal wo. Ihrer Forderung, dass der geltende Grundsatz "Wald vor Wild" in "Wald und Wild" geändert wird, können wir ebenfalls nicht zustimmen. Der gesetzliche Auftrag an die Jäger soll weiterhin "Wald vor Wild" lauten. Ich darf dazu einen bekannten Revierjagdmeister und Forstwirt zitieren: Wer sich darüber aufregt, hat die Ökologie nicht verstanden. Dies gilt weltweit für alle Tierarten. Die Grundlage allen Lebens ist die Pflanzennahrung.

Hier in Bayern brauchen wir zukunftsfähige, klimatolerante und stabile Mischwälder. Das erreichen wir nur mit einer konsequenten Umsetzung der Vorgaben im Bayerischen Waldgesetz in Verbindung mit dem in Artikel 1 Absatz 2 des Bayerischen Jagdgesetzes festgelegten Waldverjüngungsziel. Wenn wir weiterhin umsetzen, was wir in diesen Gesetzen festgelegt haben, nämlich dass die Bejagung insbesondere die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen soll, dann sind wir auf einem guten Weg.

Seit dem 1. Februar läuft die Aufnahme zum Zustand der Waldverjüngung für die Forstlichen Gutachten 2021. Bei dieser Verjüngungsinventur werden an insgesamt 22.000 Aufnahmepunkten in den 750 Hegegemeinschaften Daten erhoben, die dann in die Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung einfließen. Jagdvorstände, Eigenjagdbesitzer und Revierinhaber sind ausdrücklich dazu aufgerufen, an diesem Inventurtermin teilzunehmen und sich dadurch auch am Gutachten zu beteiligen; denn auch beim Waldumbau gilt: Wir müssen wieder mehr miteinander reden, nicht übereinander. Wir alle müssen zusammenarbeiten. Ideologisch motivierte Grabenkämpfe helfen weder dem Wald noch dem Wild.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Als fraktionsloser und damit einer von zwei heute anwesenden neutralen Abgeordneten hier im Hohen Hause kann ich den heute von allen Seiten ausgesprochenen Vorwurf an die AfD nur als verbotenes Bashing bezeichnen. Die AfD hat einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dazu hat diese Fraktion ein Recht, wie jede andere Fraktion auch. Sie haben aber an diesem Gesetzentwurf kein gutes Haar gelassen. Obwohl ich dieser Fraktion seit vielen Jahren nicht mehr angehöre, sage ich: Das sind nicht alles nur Rechtsextremisten, sondern auch gute Menschen, die sich gute Gedanken um den Wald machen.

Ich möchte den Parteien der Opposition sagen: Machen Sie Ihren Schulterschluss mit den Regierungsparteien, aber nicht auf Kosten des Waldes! Lieber Herr Dr. Herz, Windräder sind keine Lösung, auch wenn Sie sie noch so schön beschreiben. Frau Gabi Schmidt hat gemeint, sie habe als Landwirtin 10 Hektar Schadflächen im Wald, auf die sie jetzt Windräder setzen möchte. Da frage ich mich: Hoppla, LobbyControl? – Habt ihr schon einmal nachgeschaut, welche Interessen hinter Windrädern stehen? Wer will da was? Die hier im Hohen Haus anwesenden Waldbesitzer werden doch sicher keine eigenfinanzierten Windräder hinstellen. Überlegen Sie sich gut, ob Sie dieses Schleusentor öffnen wollen! Was daraus entsteht, haben wir ja gehört.

Wir haben zusätzlich das Problem, dass wir Fernleitungen brauchen; denn der Wind bläst im Norden, nicht hier im Süden. Darum sieht man in Oberbayern fast kein Windrad. Die Alpen als Wall verhindern den Wind, außer den Fallwind. Vielleicht geht da noch was.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist an der Zeit, dass Sie hier Ehrlichkeit walten lassen. Den Wald mit Spargeln zu verspargeln, ist keine gute Lösung für Natur und Umweltschutz, auch nicht für die Vogelwelt.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Die Untersuchungen sagen uns das. Ich komme zum Schluss. Es fehlt nur noch, dass Sie jetzt den Wolf nach Süden in den Wald holen wollen, damit er die Windräder bewacht. – Schönen Dank und einen schönen Tag!

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke, Herr Swoboda. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.